



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie

Ergebnisse einer Längsschnittstudie
in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie

Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten

Autorinnen und Autoren

Thorsten Brand

Robert Follmer

Jana Hölscher

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

Kai Unzicker

Bertelsmann Stiftung

Inhalt

Kernergebnisse	5
Die Corona-Pandemie als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt	8
Entwicklung des Zusammenhalts im Verlauf des Jahres 2020	10
Dynamiken im Vergleich der drei Messzeitpunkte	10
Betrachtung des individuellen Antwortverhaltens im Längsschnitt	16
Einschätzungen zur persönlichen Lage, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	20
Persönliche Lebenssituation	20
Wirtschaftliche Lage	22
Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie	23
Zerstrittenheit der Gesellschaft	25
Fazit und Ausblick	28
Literatur	29
Literaturtipps	30
Impressum	31

Kernergebnisse

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Über das ganze Jahr 2020 hinweg erweist sich der gesellschaftliche Zusammenhalt als stabil. In der Mitte des Jahres lässt sich sogar ein leichter Zuwachs in einigen Aspekten von Zusammenhalt verzeichnen, der aber am Jahresende nahezu vollständig verschwunden ist. Auch die Wahrnehmung einer Gefährdung des Zusammenhalts hat sich im Pandemiejahr kaum verändert, sie geht zwischenzeitlich sogar leicht zurück. Menschen in prekären Lebenslagen machen diesen positiven Trend am wenigsten mit. Zudem nähern sie sich am Jahresende dem Ausgangswert am stärksten wieder an.

Vertrauen in die Mitmenschen: Während sich die Mittelschicht als vergleichsweise robust gegenüber coronabedingten Einflüssen erweist, zeigen sich Schwankungen in Bezug auf das zwischenmenschliche Vertrauen vor allem bei Personen in prekären Lebenslagen: In dieser Gruppe, in der das Vertrauen insgesamt am geringsten ausgeprägt ist, steigt es zur Jahresmitte – der Erleichterungsphase zwischen den Lockdowns – besonders deutlich an, um dann wieder abzufallen. Insgesamt betrachtet wirkt sich die Corona-Pandemie eher negativ auf das mitmenschliche Vertrauen aus, wenngleich die Unterschiede zwischen den Befragungszeitpunkten überwiegend gering sind.

Mitmenschlichkeit: Im Durchschnitt sind die Befragten am Ende des Jahres eher davon überzeugt, dass sich die Menschen in Deutschland umeinander kümmern. Die Pandemie hat somit an einigen Stellen gelebte Solidarität sichtbarer gemacht. Auffällig ist jedoch, dass diese im Jahresverlauf positivere Einschätzung nicht für Personen mit niedrigem ökonomischem Status gilt. Sie vertreten durch das ganze Jahr hindurch eine kaum veränderte, im Verhältnis pessimistischere Haltung. In Bezug auf die Wahrnehmung von Mitmenschlichkeit vergrößert sich also ihre Differenz zu den anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Demokratiezufriedenheit und Regierungsvertrauen:

Im Hinblick auf die Wahrnehmung demokratischer Prozesse lässt sich ebenfalls ein Auseinanderdriften zwischen den Schichten beobachten: Insbesondere ein niedrigerer Bildungsstand geht im Jahresverlauf mit einer sinkenden Demokratiezufriedenheit einher. In der mittleren und oberen Bildungsschicht steigt die Zufriedenheit hingegen leicht an. Mit Blick auf das individuell veränderte Antwortverhalten hebt sich die ökonomische Mittelschicht hervor, in der besonders viele Menschen am Jahresende mit der Demokratie zufriedener sind als am Jahresanfang. Beim Vertrauen in die Bundesregierung lassen sich ähnliche Trends erkennen, wenngleich nicht ganz so deutlich. Die Gesamtperspektive ist hier positiver, wie der detailliertere Blick auf das individuelle Antwortverhalten zeigt. So steigt auch in der ökonomisch schwächsten Gruppe bei mehr Menschen das Vertrauen in die Bundesregierung, als es fällt. Signifikant ist indes der Vertrauensgewinn in der Mitte: Diese überholt sogar die obere Einkommensgruppe, deren Vertrauenswerte im Februar/März noch höher liegen. Insgesamt gelingt es der Politik im Jahr 2020 offenbar deutlich besser, die Menschen in den mittleren und den gehobenen sozioökonomischen Lagen mit ihren Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mitzunehmen als Personen mit niedriger Bildung und geringerem Einkommen.

Zukunftssorgen: Im zweiten Halbjahr nehmen in allen untersuchten Gruppen die Zukunftssorgen zu. Den stärksten Zuwachs gibt es in der gesellschaftlichen Mitte, wobei sich der größte Anteil von Menschen mit großen Zukunftssorgen unter den Personen in prekären Lebenslagen findet. In gehobenen sozioökonomischen Lagen sind erheblich weniger Menschen besorgt, und der Anstieg im zweiten Halbjahr fällt auch deutlich geringer aus als in den anderen beiden Gruppen.

Jüngere unter 30 Jahre: Bei Befragten unter 30 Jahren sind die Zukunftssorgen und das Empfinden von Einsamkeit in der Pandemie besonders stark ausgeprägt. Diese Bevölkerungsgruppe leidet somit besonders unter der Situation. Zugleich ist dies aber auch die Altersgruppe, in der bei der Dezember-Befragung die Meinung am verbreitetsten ist, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie angemessen sind.

Prekäre Lebenslage: Über fast alle Teilergebnisse hinweg weist die Studie aus, dass die Entwicklungen im Jahr 2020 für Menschen in prekären Lebenslagen, das heißt mit niedrigem Einkommen und einer niedrigen formalen Bildung, unter einem negativen Vorzeichen stehen. Vor allem dieser Befund weist auf die Gefahr hin, dass die Pandemie mittelfristig Spaltungstendenzen in der Gesellschaft befördern kann.

Zerstrittenheit: Ein hohes Maß an Diskussionen über die Pandemie im eigenen Umfeld gehört für die Mehrheit der Befragten zum Alltag. Aber nicht alle nehmen zugleich auch eine besondere Zerstrittenheit wahr. Als besonders zerstritten erleben vor allem mittelalte, niedrig gebildete Personen in prekären Lebenslagen die Gesellschaft. Dieses Empfinden geht häufig einher mit einem geringeren Vertrauen in die Regierung, einer stärkeren Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und einer größeren Sorge, dass sich die Gesellschaft auf gar nichts mehr einigen kann.

Datengrundlage und Methode

Die Grundlage für diese Studie bilden drei Datenerhebungen im Laufe des Jahres 2020: Zunächst wurden vom 5. Februar bis zum 28. März 3.010 Personen ab 16 Jahren telefonisch ausführlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt befragt. Insgesamt 1.000 Teilnehmende dieser repräsentativen Befragung nahmen zwischen dem 27. Mai und dem 9. Juni erneut an einer Befragung teil. Für eine dritte Befragung vom 7. bis 14. Dezember standen noch 611 Personen zur Verfügung. Der Rückgang der Teilnehmendenzahl ist bei einer solchen Panelbefragung üblich und im erwartbaren Rahmen. Im Gegensatz zu einer repräsentativen Querschnittserhebung sind die Ergebnisse in diesem Fall allerdings nicht prozentual auf die Gesamtbevölkerung hochrechenbar. Repräsentative Werte waren nur für die ersten beiden der drei durchgeführten Erhebungen möglich. Diese Ergebnisse wurden bereits in der vorangehenden Untersuchung publiziert (Bertelsmann Stiftung 2020b).

Für insgesamt 611 Personen liegen somit zu drei Zeitpunkten des Jahres 2020 Befragungsdaten vor, die Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Zeitverlauf erlauben. Durch die personenidentische Befragung im Längsschnitt lassen sich Einstellungsänderungen besser nachzeichnen und verstehen, als dies beim Vergleich von mehreren Querschnittserhebungen mit je unterschiedlichen Befragten möglich ist. Die Stichprobenqualität wurde für alle drei Wellen statistisch geprüft. Für die Ausgangsstichprobe erfolgte eine zweistufige Gewichtung. In der ersten Stufe wurde ein designbedingtes Gewicht berechnet, um für den Festnetzteil die größere Ziehungswahrscheinlichkeit von Personen in großen Haushalten auszugleichen und die korrekte Proportion zwischen der Festnetz- und der Mobilfunkstichprobe sowie die regionalen Zuordnungen auf der Ebene der realisierten Interviews herzustellen. In der zweiten Stufe wurden in einem iterativen Verfahren Anpassungen an bekannte Verteilungen der Grundgesamtheit hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung, Migrations-

hintergrund und Wohnstatus vorgenommen. Für die Panelisten-Stichprobe der zweiten und dritten Erhebungswelle kam eine zusätzliche Längsschnittgewichtung zum Einsatz.

Für die Ziehung der Ausgangsadressen für die erste Befragung haben wir das Design des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM) zugrunde gelegt. Es orientiert sich an dem sogenannten Häder-Gabler-Verfahren. Dabei werden Telefonnummern synthetisch generiert, da allgemein zugängliche Verzeichnisse wie Telefonbücher auch im Festnetz nur einen sehr eingeschränkten Auswahlrahmen bieten. Um auch reine Mobilfunknutzer:innen befragen zu können, wird diese Stichprobe in einem Dual-Frame-Ansatz gezogen. Hierbei werden zwei unterschiedliche Auswahlrahmen verwendet (einer für Festnetz-, ein anderer für Mobilfunknummern) und die unterschiedlichen Stichprobenansätze miteinander verbunden. Bei der Festnetzstichprobe in Mehrpersonenhaushalten wird die zu befragende Person nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Als valides Instrument hat sich dabei das Geburtstagsauswahlverfahren erwiesen. Befragt wird die Person, die zuletzt Geburtstag hatte (Last-Birthday-Verfahren). Bei der Mobilfunkstichprobe wird dagegen die:der Hauptnutzer:in des privat genutzten Handys befragt. Das Einstiegsalter für das Interview lag in beiden Fällen wie dargestellt bei 16 Jahren.

Die erste Befragung war deutlich umfangreicher als die beiden Folgerhebungen. Sie dauerte im Durchschnitt 30 Minuten und deckte zahlreiche unterschiedliche Aspekte gesellschaftlichen Zusammenhalts ab. Die beiden späteren Erhebungen hatten eine durchschnittliche Dauer von zwölf beziehungsweise zehn Minuten.

Die Erläuterungen aus dem bereits publizierten Methodenbericht bezüglich eingesetzter Stichprobe und Gewichtung sowie des realisierten Panelansatzes sind weiterhin gültig.

Die Corona-Pandemie als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Corona-Pandemie ist ein globales Jahrhundertereignis, dessen lang- und mittelfristige Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Bereits jetzt lässt sich jedoch erkennen, dass die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen und – das zeichnet sich immer deutlicher ab – herausfordern. Bereits im Sommer 2020 haben wir eine Studie veröffentlicht, die es uns erlaubt hat, empirisch fundierte Aussagen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen in den ersten Monaten der Pandemie zu treffen (Bertelsmann Stiftung 2020b). Diese Untersuchung schloss an unsere bisherigen Forschungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt an (Bertelsmann Stiftung 2014, 2016, 2017a, 2017b, 2019, 2020a). Ihre Ergebnisse stimmten optimistisch: Das soziale Miteinander in Deutschland hatte sich in der Zeit von Februar bis Juni 2020 bewährt und in einigen Aspekte sogar verbessert. Zugleich ließ sich aber auch erkennen, dass nicht alle Teile der Bevölkerung in gleichem Maße von der Krise betroffen waren und nicht über die gleichen Bewältigungskapazitäten verfügten.

Der Sommer 2020 war geprägt von Unbekümmertheit: Die Infektionszahlen gingen zurück, Urlaube konnten angetreten werden und bei einigen keimte die Hoffnung, dass das Schlimmste überwunden sei. Unser Fazit lautete aber bereits damals: „Das positive Bild, das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Mai und Juni gezeichnet werden konnte, stellt lediglich eine Momentaufnahme dar. Die krisenhaften wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen werden aber vermutlich noch deutlich länger andauern.“ (Bertelsmann Stiftung 2020b, 78) Im zweiten Halbjahr 2020 und bis heute hat sich einiges geändert: Die Infektionszahlen haben zum Jahresende deutlich zugenommen, ab November 2020 glitt das Land zusehends in einen Lockdown, der zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie immer noch andau-

ert. Andere Untersuchungen zeigen, dass die Pandemie ab Juni 2020 zunehmend den Alltag der Menschen beeinflusste (wenngleich nicht so stark, wie dies in anderen Ländern der Fall war).¹ Daher war es naheliegend, die Datenlage aus dem Sommer 2020 zu aktualisieren und mit einer erneuten Befragung im Dezember 2020 die weiteren Entwicklungen zu berücksichtigen.

Längsschnittvergleich und Differenzierung nach gesellschaftlichen Gruppen

Wir haben uns bei dieser Studie dagegen entschieden, einen weiteren Querschnitt zu erheben, wie es sonst beim Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt üblich ist. Stattdessen haben wir die Option eines echten Längsschnitts gewählt. Bei einer solchen sogenannten Panelbefragung werden die identischen Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten befragt. Auf diese Weise lassen sich Einstellungsveränderungen präziser untersuchen. Bei der vorliegenden Studie liegen uns für 611 Personen zu allen drei Messzeitpunkten Befragungsdaten vor. Sie ermöglichen es, für diese ausgewählte Gruppe das Erleben der Pandemie nachzuzeichnen und individuelle Veränderungen in den Blick zu nehmen. Durch Gruppenvergleiche innerhalb der Stichprobe können zudem Trends und Niveauunterschiede herausgearbeitet werden, die die Stimmungslage in Deutschland in einer komparativen Perspektive abbilden. Diese Vorteile überwiegen gegenüber den Nachteilen des Vorgehens: So ist etwa keine Hochrechnung der Ergebnisse der Dezemberbefragung auf die Gesamtbevölkerung möglich, weil für eine repräsentative Auswertung nicht genügend Fälle vorliegen.

1 <https://www.pewresearch.org/global/2021/02/03/as-pandemic-continues-more-in-u-s-and-europe-feel-major-impact-on-their-lives/> (abgerufen 23.02.2021).

Ein besonderes Augenmerk legen wir in dieser Studie bei den Veränderungen des Zusammenhalts auf eine vergleichende Betrachtung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Dazu differenzieren wir die Ergebnisse nach Bildungsgrad, nach ökonomischem Haushaltsstatus und – in einer kombinierten Form der beiden Gruppen – nach ihrem sozioökonomischen Status. An einigen Stellen ziehen wir zudem das Alter zur Unterteilung hinzu. Wir knüpfen damit an die Befunde der Vorgängerstudie aus dem Sommer an, die bereits gezeigt hat, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie je nach soziodemografischem Blickwinkel unterschiedlich ausfallen.

Will man anhand der nun vorliegenden Daten ein knappes Gesamtfazit für das Jahr 2020 ziehen, so zeichnet sich das Bild einer flachen Kurve ab: Im ersten Halbjahr, bis zum Frühsommer, verzeichnen wir einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der in einigen Teilaspekten sogar leicht zulegen kann. Im zweiten Halbjahr gehen diese Zuwächse wieder verloren, und im Durchschnitt erreichen wir in Deutschland wieder die Ausgangswerte vom Jahresbeginn, aus der Zeit vor Corona. Ein genauerer Blick auf die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen lässt zudem erkennen, dass zunächst nicht alle die Aufwärtsbewegung im Sommer mitmachen und anschließend auch der Rückgang im Herbst bei manchen stärker ausfällt. Das gilt vor allem für Menschen in prekären Lebenslagen, aber auch für die Jüngeren unter 30 Jahren. Unsere Studie bestätigt und unterstreicht damit den Befund, dass in der Krise die Gesellschaft zum Teil auseinanderdriftet und dass sich auch in Deutschland trotz eines durchaus stabilen Zusammenhalts soziale Spaltungen vergrößern.

Entwicklung des Zusammenhalts im Verlauf des Jahres 2020

Im Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt verwenden wir üblicherweise ein mehrdimensionales Modell, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu messen (Bertelsmann Stiftung 2017a, Dragolov et al. 2016). Es besteht aus insgesamt neun Dimensionen, die mit 36 Einzelindikatoren erfasst werden. In der ersten Erhebungswelle im Februar und März 2020 fand dieses Modell Verwendung. In den beiden Folgewellen im Mai und Juni sowie Dezember wurden nur ausgewählte Indikatoren herangezogen, um die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nachzeichnen zu können. Dies waren das generalisierte Vertrauen, das Institutionenvertrauen sowie die Einschätzung der gesellschaftlichen Solidarität. Bei allen Befragungen kam noch eine allgemeine Bewertung des Zusammenhalts durch die Befragten selbst hinzu, die jedoch üblicherweise nicht in das Modell einfließt.

Die folgenden Auswertungen zeigen, wie die Befragten im Laufe des Jahres die soziale Situation in Deutschland bewerten und in welchem Zusammenhang ihre Antworten mit der Entwicklung der Pandemie stehen. Die erste Befragung im Februar und März bildet dabei den Ausgangswert, der zwar nicht vollständig ein Prä-Corona-Bild liefert, da spätestens ab Anfang März die Pandemie im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands fest verankert ist. Sie spiegelt aber auch noch nicht gänzlich den Krisenmodus des Jahres 2020 wider. Um dessen Dynamik nachzeichnen zu können, greifen wir nur auf die Erhebungsdaten der 611 Personen zurück, die zu allen drei Zeitpunkten befragt wurden.

Die Ergebnisse stellen wir hier nun in zwei Schritten dar: Zunächst berichten wir für die unterschiedlichen Themenkomplexe die aggregierten Werte pro Erhebungszeitraum (Abschnitt: Dynamiken im Vergleich der drei Messzeitpunkte). Diese schlüsseln wir nach unterschiedlichen Befragungsgruppen auf (siehe Info-box auf S. 11). In einem zweiten Schritt betrachten wir

für die gleichen Fragen die Veränderungen des je individuellen Antwortverhaltens zwischen der ersten und letzten Befragung (Abschnitt: Betrachtung des individuellen Antwortverhaltens im Längsschnitt). Diese zweite Herangehensweise ist nur möglich, da wir zu allen Messzeitpunkten die identischen Personen befragt haben. Sie bietet, über die bloße Betrachtung der Aggregatwerte hinaus, einen präziseren Blick auf die Einstellungstrends im Jahr 2020.

Dynamiken im Vergleich der drei Messzeitpunkte

Wahrgenommene Gefährdung des Zusammenhalts

In Umfragen der letzten Jahre schätzen die Menschen das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland generell eher pessimistisch ein. Es herrscht der Eindruck vor, die Gesellschaft zerfalle zusehends und der Zusammenhalt bröckele. Anspruch des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt ist es, diesem gesamtgesellschaftlichen „Bauchgefühl“ eine objektivere Betrachtung gegenüberzustellen, die die Qualität der sozialen Beziehungen, das Ausmaß der Verbundenheit und die Gemeinwohlorientierung empirisch misst. Gleichwohl erheben auch wir die subjektiven Einschätzungen des Zusammenhalts – und hierbei zeigt sich im Krisenjahr zunächst eine überraschende Entwicklung: Im Vergleich zur ersten Erhebungswelle im Februar und März sehen die Befragten im Frühsommer 2020, also nach der ersten Phase der Kontaktbeschränkungen, über alle sozialen Gruppen hinweg den gesellschaftlichen Zusammenhalt als weniger gefährdet an. Die Krise hat also zunächst keineswegs den pessimistischen Blick auf die Gesellschaft verstärkt oder verfestigt, sondern

Eingesetzte soziodemografische Variablen zur Ergebnisdarstellung

Um die Ergebnisse der Befragungen einer genaueren soziodemografischen Analyse zu unterziehen, haben wir drei analytische Gruppenvariablen genutzt. Die Antworten der Befragten werden in dieser Studie in den meisten Fällen differenziert nach diesen Variablen dargestellt.

Bildungsniveau

Das Bildungsniveau ergibt sich aus den Angaben der Befragten zu ihrem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss. Hierbei haben wir drei Gruppen gebildet: Eine niedrige formale Bildung entspricht Volks- oder Hauptschulabschluss oder gar keinem Schulabschluss. Eine mittlere Bildung entspricht mittlerer Reife, Realschulabschluss oder Abschluss an einer polytechnischen Oberschule. Zu einer hohen Bildung wurden Fachhochschulreife, Abitur und erweiterte Oberschule gezählt. Schüler:innen ab 16 Jahren wurden ebenfalls der hohen Bildung zugerechnet.

Ökonomischer Haushaltsstatus

Das Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen abhängig von der Personenzahl und dem Anteil der Kinder in einem Haushalt bildet die Berechnungsgrundlage für den ökonomischen Haushaltsstatus. Gemäß dem so ermittelten Pro-Kopf-Einkommen haben wir die Befragten in drei Gruppen unterteilt: niedriges (unter 1.500 Euro netto monatlich pro Kopf), mittleres (1.500 bis unter 2.000 Euro netto monatlich pro Kopf) und hohes Einkommensniveau (ab 2.000 Euro netto monatlich pro Kopf). Lag keine Einkommensangabe vor, haben wir diese aufgrund der Angabe zur subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation vervollständigt (imputiert).

Sozioökonomische Lage

Aus dem ökonomischen Haushaltsstatus und dem Bildungsniveau haben wir in einem nächsten Schritt die sozioökonomische Lage gebildet. Danach weisen „Prekäre“ einen sehr niedrigen ökonomischen Status und mehrheitlich ein einfaches oder mittleres Bildungsniveau auf. Nur wenige Personen mit einem höheren Bildungsniveau und einem sehr niedrigen ökonomischen Status wurden ebenfalls dieser Gruppe zugeordnet. Die „Mitte“ verfügt vorwiegend über einen niedrigen oder mittleren ökonomischen Status und ein mittleres bis höheres Bildungsniveau. „Gehobene“ haben einen (sehr) hohen ökonomischen Status und ein höheres Bildungsniveau als die „Mitte“.

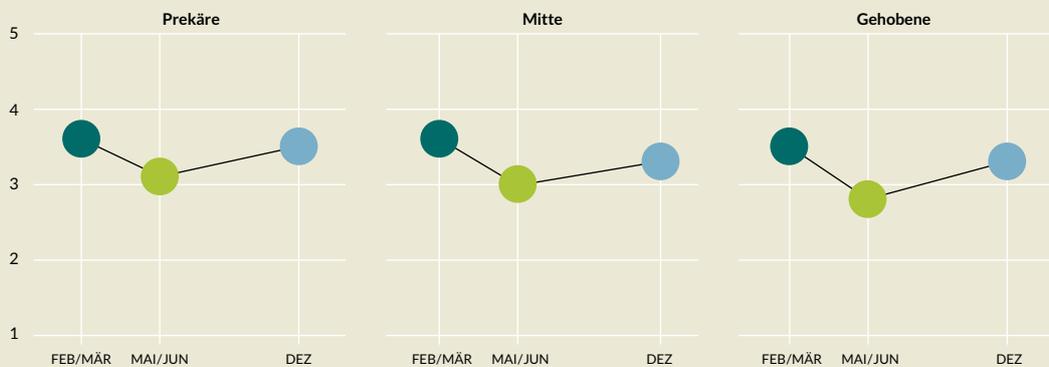
ABBILDUNG 1: Merkmale zur Ergebnisanalyse

Bildungsniveau	Ökonomischer Haushaltsstatus	Sozioökonomische Lage
niedrig 35	niedrig 49	Prekäre 27
mittel 27	mittel 16	Mitte 46
hoch 38	hoch 35	Gehobene 27

Aus den soziodemografischen Inhalten des Fragebogens wurden für die Ergebnisinterpretation kombinierte analytische Variablen gebildet, deren prozentuale Verteilung dargestellt ist.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

ABBILDUNG 2: **Einschätzung der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach sozioökonomischer Lage**



Personenidentische Befragung. Zustimmung zu der Aussage: „Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.“
 Die Antwortmöglichkeiten lauteten: stimmt gar nicht (1), stimmt wenig (2), teils-teils (3), stimmt ziemlich (4), stimmt völlig (5).
 Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.
 Quelle: Bertelsmann Stiftung/ infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

vielmehr dazu beigetragen, vorhandene Stärken besser wahrzunehmen und wertzuschätzen. Das kann als Bestätigung dessen gewertet werden, was wir bereits in zurückliegenden Untersuchungen zeigen konnten: dass der gesellschaftliche Zusammenhalt – gemessen anhand unseres mehrdimensionalen Modells – tatsächlich stärker und stabiler ausgeprägt ist als gemeinhin angenommen. In der Krise kann sich dieser Zusammenhalt bewähren und für alle sichtbar zeigen, beispielsweise durch spontane Initiativen der Nachbarschaftshilfe.

Bei genauerem Hinsehen fällt aber auf, dass sich dieser positive Trend nicht gleichermaßen stark in allen Bevölkerungsgruppen abzeichnet. Wir messen die Gefährdung des Zusammenhalts mithilfe einer Fünfer-Skala. Vergleicht man nun die Mittelwerte für die unterschiedlichen sozioökonomischen Lebenslagen, so wird ersichtlich, dass zwar auch Personen in prekären Lebensverhältnissen den Zusammenhalt im Sommer 2020 als weniger gefährdet wahrnehmen als noch im Februar/März. Allerdings ist dieser Rückgang bei ihnen weniger deutlich als bei den anderen Gruppen.

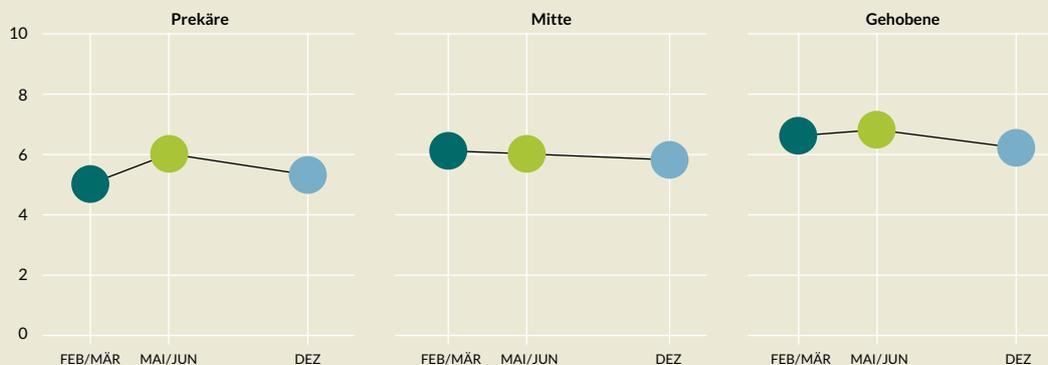
Die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird im Dezember, nachdem die Corona-Zahlen wieder deutlich gestiegen sind und der zweite „harte“ Lockdown bevorsteht, von allen Gruppen wieder als wahrscheinlicher eingeschätzt. Die gruppenspezifischen

Mittelwerte bleiben dabei jedoch auf einem niedrigeren, in diesem Fall positiveren Niveau als im Februar/März 2020. Befragte aus der Gruppe der Prekären nähern sich dabei wiederum am stärksten ihrem Ausgangswert an.

Dafür, dass der erlebte Zusammenhalt besser ist als der vermutete, spricht ein weiterer Befund unserer Studie: Im Dezember haben wir auch danach gefragt, ob sich der soziale Zusammenhalt in Deutschland beziehungsweise vor Ort bei den Befragten durch die Corona-Pandemie verschlechtert hat. Im Hinblick auf Deutschland als Ganzes sind rund 27 Prozent der Befragten der Meinung, der Zusammenhalt habe sich verschlechtert, weitere 27 Prozent verneinen dies (ohne Abbildung). Der Rest gibt an, bei dieser Frage unentschieden zu sein. In Bezug auf den Zusammenhalt vor Ort fallen die Einschätzungen erheblich positiver aus: Mehr als zwei Drittel sagen hier, der Zusammenhalt habe sich infolge der Corona-Pandemie nicht verschlechtert (ebenfalls ohne Abbildung).

Während also die vorgestellten Ergebnisse für das Jahr 2020 insgesamt konstatieren lassen, dass der Zusammenhalt als weitgehend stabil und nicht gefährdeter als vor der Pandemie wahrgenommen wird, gibt es Anzeichen, dass sich die Zukunftsperspektiven der Befragten eintrüben: Bereits im Mai und Juni sagten rund 70 Prozent, dass sie befürchten, die Corona-Pandemie würde das Zusammenleben in der

ABBILDUNG 3: **Vertrauen in andere Menschen**
nach sozioökonomischer Lage



Personenidentische Befragung. Antwort auf die Frage: „Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. Wie ist das Ihrer Meinung nach?“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten: 0 bedeutet, dass man nicht vorsichtig genug sein kann, und 10 bedeutet, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Mit den Werten dazwischen konnten die Antworten abgestuft werden. Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

Gesellschaft sehr belasten. Im Dezember 2020 sagen dies sogar mehr als 80 Prozent der Befragten.

Generalisiertes Vertrauen

Die Frage nach der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zielt auf die Stimmungslage in der Gesellschaft. Sie ist nicht Teil des mehrdimensionalen Modells, mit dem wir den Zusammenhalt in unseren Studien üblicherweise messen. Eine der neun Dimensionen dieses Modells ist das sogenannte generalisierte Vertrauen, also das Ausmaß an Vertrauen, das man anderen Menschen im Allgemeinen entgegenbringt. In zurückliegenden Studien hat sich gezeigt, dass dies die Einzeldimension ist, die am besten dazu geeignet ist, auf das Ergebnis aller neun Dimensionen zu schließen. Kurzum: Wenn man weiß, wie es um das generalisierte Vertrauen bestellt ist, hat man einen guten Anhaltspunkt für den Zusammenhalt insgesamt.

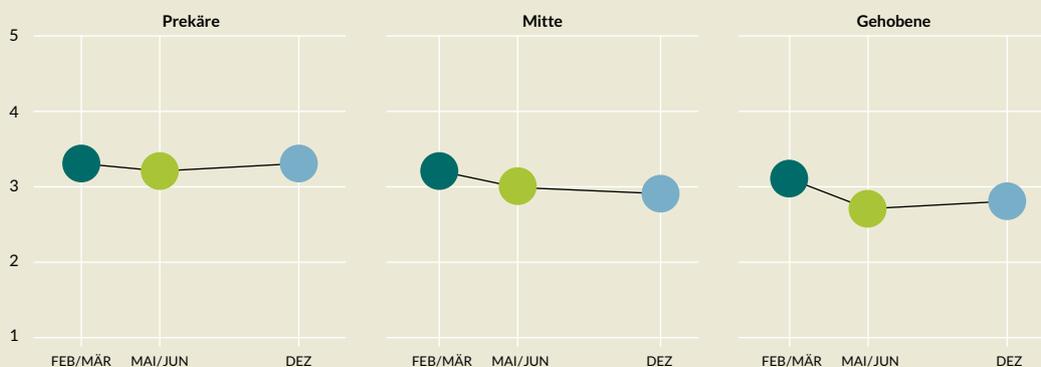
Wir legen bei der Messung eine Skala von „0 – man kann nicht vorsichtig genug sein“ bis „10 – man kann den meisten Menschen vertrauen“ zugrunde. Grundsätzlich ist das Vertrauen mit einem Wert von 6 bis 7 positiv ausgeprägt. Der Vergleich der Ergebnisse aus den drei Messzeitpunkten des Jahres 2020 in Abbildung 3 macht deutlich: Das allgemeine Vertrauen in die Mitmenschen fällt bei besserer sozioökonomischer Lage höher aus. Die Gruppe der Prekären schneidet hier zumeist schlechter ab, außer

in der Befragung von Mai/Juni 2020. Der Erleichterungseffekt in den Sommermonaten ist in dieser Gruppe am stärksten ausgeprägt. Im Dezember 2020 lässt das Vertrauen in andere Menschen wieder nach. In der Gruppe der Prekären ist es weiterhin am geringsten ausgeprägt; dies ist jedoch im Februar/März sogar noch etwas stärker der Fall als im Dezember. In den übrigen beiden dargestellten Teilgruppen sinkt dieses Vertrauen hingegen im Dezember – unter dem Eindruck von möglichen Lockdown-Verschärfungen – auf das geringste ermittelte Niveau des Jahres 2020. Es bleibt daher festzuhalten, dass sich die Corona-Pandemie eher negativ auf das mitmenschliche Vertrauen auswirkt, wenngleich die festgestellten Unterschiede zwischen den Befragungszeitpunkten überwiegend nur gering ausgeprägt sind.

Mitmenschlichkeit

Eine weitere Dimension im Modell des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist „Solidarität und Hilfsbereitschaft“. Wir erheben Einschätzungen dazu unter anderem mit der Frage danach, wie die Mitmenschlichkeit in der Gesellschaft grundsätzlich wahrgenommen wird. Es geht dabei um die Zustimmung zu der Aussage „Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht“. Auch hier fällt wieder die Gruppe der Prekären ins Auge: Ihre Einschätzung der Mitmenschlichkeit ändert sich im Jahresverlauf kaum. Im Dezember

ABBILDUNG 4: **Einschätzung zum Kümmern um die Mitmenschen**
nach sozioökonomischer Lage



Personenidentische Befragung. Zustimmung zu der Aussage: „Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten: stimmt gar nicht (1), stimmt wenig (2), teils-teils (3), stimmt ziemlich (4), stimmt völlig (5). Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

2020 sind sie ähnlich verhalten und eher pessimistisch wie bereits zu den vorherigen Befragungszeitpunkten. Bei den beiden anderen Gruppen, der Mitte und den Gehobenen, zeigt sich indes ein positiver Trend mit leicht unterschiedlichem Ausgang: In Abbildung 4 ist zu erkennen, dass Personen aus dem Segment der Mitte im Dezember 2020 mehr Mitmenschlichkeit wahrnehmen als noch zu Beginn des Jahres. Bei den Befragten, deren sozioökonomische Lage wir als gehoben bezeichnen, verhält es sich wieder anders: Sie beurteilen die Solidarität der Gesellschaft im Frühsommer 2020 am optimistischsten. Die unterschiedlichen Bewertungsverläufe spiegeln vermutlich auch die sehr individuellen Erfahrungen der Menschen in der Pandemie-Zeit wider. Die sozioökonomische Lage beeinflusst diese zwar mit, aber zusätzlich spielen sicherlich noch andere individuelle Faktoren eine Rolle, wie beispielsweise die familiäre und soziale Einbettung. Personen in prekären Lebenslagen sind hierbei jedoch offenbar durch die Entwicklungen des Jahres weniger stark beeinflusst.

Demokratiezufriedenheit und Regierungstrauen

Einer der vielleicht bemerkenswertesten Effekte, der sich in der Pandemie gezeigt hat, ist der immense Anstieg des politischen Vertrauens in Deutschland. Die Redewendung „In Krisenzeiten schlägt die Stunde der Exekutive“ hat sich im Jahresverlauf 2020 bestä-

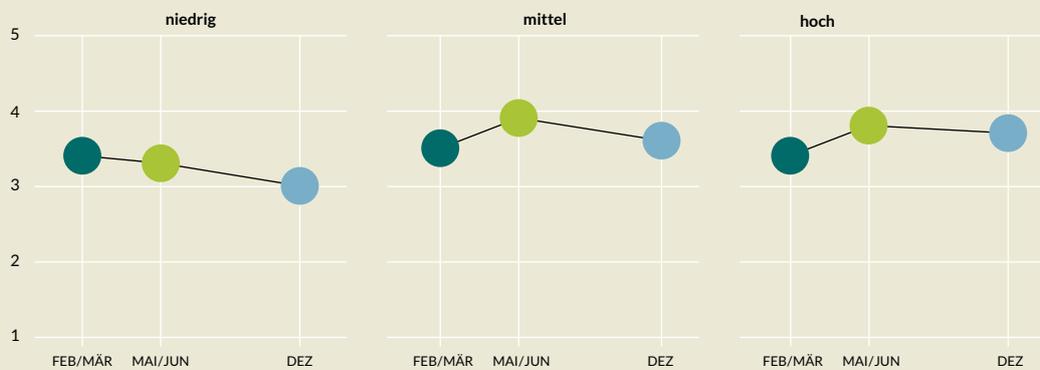
tigt. In unserem Modell von Zusammenhalt stellt das Institutionenvertrauen ebenfalls eine eigenständige Dimension dar, die wir im Zeitverlauf am Beispiel des Vertrauens in die Bundesregierung nachzeichnen. Zusätzlich haben wir hier die grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie in den Blick genommen.

An den monatlichen Verlaufsdaten des „ARD-DeutschlandTrends“ zur Zufriedenheit mit der Bundesregierung lässt sich beispielsweise die Entwicklung über das Jahr in kleinen Schritten nachzeichnen: Bis Februar 2020 überwiegt in Deutschland deutlich die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Mit dem Beginn der Pandemie wendet sich dieses Bild abrupt. Nun erreicht die Bundesregierung bis zum Jahresende 2020 überwältigende Zufriedenheitswerte, wie es sie in den letzten Jahren nicht gegeben hat. Im Jahr 2021 gehen diese Werte zurück, und im März halten sich Zufriedene und Unzufriedene im „ARD-DeutschlandTrend“ die Waage.²

Unsere Befragungsdaten zur Demokratiezufriedenheit fügen sich in dieses Gesamtbild des letzten Jahres, ergänzen es aber um eine entscheidende Differenzierung: Eine Betrachtung der Gesamtwerte über alle Befragten hinweg lässt nur erkennen, dass die Werte aus dem Dezember sich etwa auf dem gleichen

2 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2559.pdf> S. 3 (abgerufen 17.03.2021).

ABBILDUNG 5: **Zufriedenheit mit der Demokratie**
nach Bildungsniveau



Personenidentische Befragung. Zustimmung zu der Aussage: „**Alles in allem bin ich mit der Demokratie in Deutschland zufrieden.**“
Die Antwortmöglichkeiten lauteten: stimmt gar nicht (1), stimmt wenig (2), teils-teils (3), stimmt ziemlich (4), stimmt völlig (5).
Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.
Quelle: Bertelsmann Stiftung / infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

Niveau wie im Februar und März befinden, mit einem Zwischenhoch im Sommer. Ganz anders stellt sich das Bild dar, wenn die Befragten nach Bildungsgrad unterschieden werden (hier zeigen sich die Abweichungen deutlicher als bei den zusammengefassten sozioökonomischen Lagen): Im Februar und März liegen die Mittelwerte für alle Bildungsgruppen – egal ob niedrig, mittel oder hoch – eng beieinander. Der positive Effekt, der sich danach im Laufe der Krise einstellt, findet sich hingegen nur bei den beiden oberen Bildungsgruppen. Sie sind mit der Demokratie deutlich zufriedener. Bei Menschen mit niedriger Bildung lässt sich indes zum Sommer hin sogar ein minimaler Rückgang der Zufriedenheit erkennen. Im zweiten Halbjahr nimmt die Zufriedenheit in allen drei Bildungsgruppen ab. Das führt dazu, dass die Zufriedenheit in der Gruppe mit dem niedrigsten Bildungsniveau am Ende des Jahres sichtbar geringer ausgeprägt ist als zu Beginn, während die mittlere Bildungsgruppe knapp und die höhere Gruppe deutlich höher als bei der ersten Messung liegen.

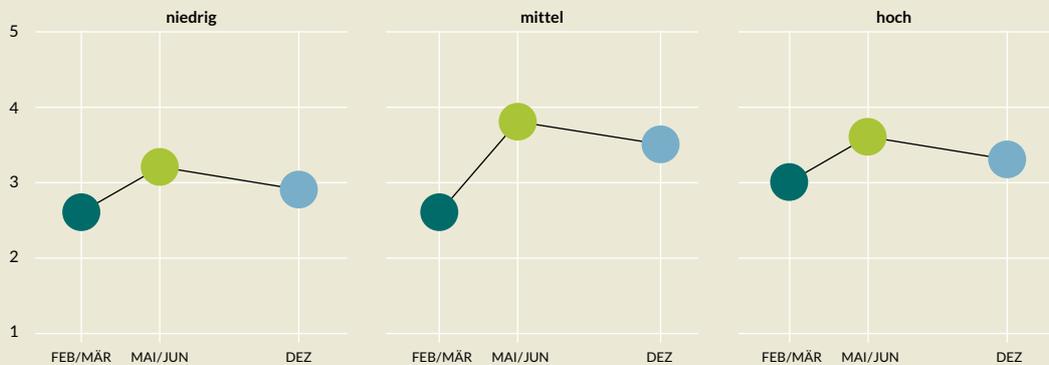
Zusammenfassend lässt sich dieser Befund so deuten: In der Krise hat sich die Demokratiezufriedenheit im Durchschnitt nicht sonderlich stark verändert, sie hat sogar etwas zugelegt. Dabei haben sich aber auch die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen vergrößert: In der Wahrnehmung der beiden höheren Bildungsschichten haben die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und die zugehörige politische Kom-

munikation offenbar das Vertrauen in die Demokratie bestätigt und zumindest zum Teil bestärkt. Personen aus der niedrigeren Bildungsgruppe sind hingegen zunehmend ernüchtert und unzufrieden mit dem, was die Politik tut, um die Pandemie einzudämmen.

Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei einer Differenzierung nach ökonomischem Status: Befragte mit höheren und mittleren Einkommen sind im Dezember sogar etwas zufriedener mit der Demokratie als im Frühjahr 2020 (ohne Abbildung). Bei den befragten Personen mit niedrigerem ökonomischem Status liegt der Mittelwert sowohl im Frühjahr als auch im Winter bei knapp über 3, mit einem leichten Anstieg zwischenzeitlich im Sommer. Insgesamt scheinen die Corona-Maßnahmen hier jedoch weniger Einfluss auf die (Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie zu haben als in den anderen Gruppen.

Das Vertrauen in die Bundesregierung haben wir anhand einer Fünfer-Skala von „1 – überhaupt kein Vertrauen“ bis „5 – sehr großes Vertrauen“ gemessen. Im Unterschied zur Demokratiezufriedenheit ist hier ein gleichgerichteter Trend über alle Einkommensgruppen hinweg zu erkennen. Der Durchschnittswert für alle Befragten liegt Anfang des Jahres mit 2,7 im Mittelfeld der Skala. Das Absinken der Corona-Zahlen und der überstandene Lockdown spiegeln sich im Frühsommer auch in einem stärkeren Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung wider. Im Mai und Juni

ABBILDUNG 6: **Vertrauen in die Bundesregierung**
nach ökonomischem Haushaltsstatus



Personenidentische Befragung. Antwort auf die Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: die Bundesregierung.“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten: überhaupt kein Vertrauen (1), geringes Vertrauen (2), teils-teils (3), großes Vertrauen (4), sehr großes Vertrauen (5). Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.
Quelle: Bertelsmann Stiftung / infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

2020 ist das Vertrauen im Gegensatz zu den Werten zu Beginn des Jahres bei den befragten Personen deutlich angestiegen – in der mittleren Einkommensgruppe sogar um einen ganzen Punkt auf der Fünfer-Skala. Sie überholt damit in ihrer Zufriedenheit auch die obere Einkommensgruppe. Dies kann als positive Bewertung des politischen Handelns bis zu diesem Zeitpunkt interpretiert werden.

Wie bei den zuvor beschriebenen Aspekten zeigt sich auch hier wieder eine Umkehr der bis dato positiven Entwicklung nach dem Sommer 2020. In allen drei Einkommensgruppen sinkt das Vertrauen in die Bundesregierung wieder. Auch bei einer Betrachtung nach Bildungsstand und nach sozioökonomischer Lage ist das Vertrauen in der gesellschaftlichen Mitte am höchsten. Am geringsten ist es zu allen drei Messzeitpunkten bei den Menschen mit niedrigerem Bildungsstand und geringerem Einkommen ausgeprägt.

Zum Vergleich lässt sich an dieser Stelle das Vertrauen in die lokale Verwaltung heranziehen, der bei der Bekämpfung der Pandemie ebenfalls eine Schlüsselrolle zukommt. Hier zeigt sich, dass das Vertrauen in die Stadt- beziehungsweise Kreis- oder Gemeindeverwaltung zu allen Messzeitpunkten stabiler ist als das in die Bundesregierung (ohne Abbildung). Die Veränderungen im Verlauf des Jahres sind, vergleicht man lediglich die Ausprägungen nach einzelnen Gruppen, eher gering und nur schwer zu

interpretieren. Wir kommen im nächsten Abschnitt, bei der Betrachtung der individuellen Veränderungen im Antwortverhalten, hierauf zurück, denn dabei zeigen sich Effekte. An dieser Stelle bleibt aber festzuhalten, dass das Vertrauen in die lokale und regionale Verwaltung zu allen drei Befragungszeitpunkten stabil Werte von über 3 auf der Fünfer-Skala erreicht, mit nur geringfügigen Unterschieden nach den Statussegmenten oder anderen Gruppen.

Betrachtung des individuellen Antwortverhaltens im Längsschnitt

Bislang haben wir Veränderungen der aggregierten Ergebnisse von Teilgruppen zu den drei Messzeitpunkten unabhängig von einem individuell veränderten Antwortverhalten untersucht. Jetzt wenden wir uns diesen individuellen Veränderungen im Längsschnitt zu. Hierzu ist es zielführend, die individuellen Antworten der dritten Erhebung im Dezember 2020 mit denen aus der ersten Erhebung im Februar und März 2020 zu vergleichen. Auf diese Weise lässt sich eine Art Gesamtfazit für das Jahr 2020 ziehen. Im vorhergehenden Abschnitt wurde deutlich, dass die Ergebnisse der zweiten Befragung vor allem einen

besonderen Erleichterungseffekt nach der ersten Phase der Corona-Pandemie im Sommer widerspiegeln, der zum Jahresende zumindest teilweise wieder abklingt.

Für diese Längsschnittauswertung wird für jede einzelne befragte Person angegeben, ob sich ihre Einschätzungen im Vergleich der Befragungen „verbessert“ oder „verschlechtert“ haben beziehungsweise „unverändert“ geblieben sind. In der ersten der beiden folgenden Abbildungen werden zunächst die Längsschnittresultate zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zum Vertrauen in andere Menschen und zur Mitmenschlichkeit (Kümmern um Mitmenschen) ausgewiesen.

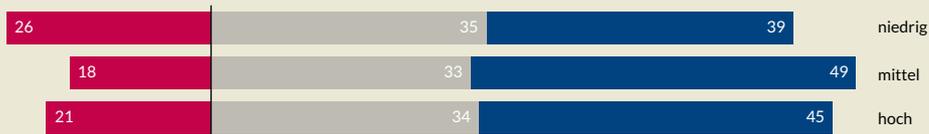
Bezogen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt es in allen nach Einkommen unterschiedenen Teilgruppen mehr Personen, die zwischen Februar/März und Dezember eine Verbesserung als eine Verschlechterung wahrnehmen. Unter den Befragten mit

hohen und mittleren Einkommen sind die Anteile für „verschlechtert“ mit 21 beziehungsweise 18 Prozent jeweils nicht einmal halb so hoch wie die Anteile für „verbessert“. In der Gruppe mit dem mittleren ökonomischen Haushaltsstatus schätzt sogar fast die Hälfte der Befragten den Zusammenhalt positiver ein. In der niedrigsten Einkommensgruppe sind es immerhin auch 39 Prozent, aber in dieser Gruppe schätzt auch ein gutes Viertel den Zusammenhalt im Dezember schlechter ein als im Februar/März. Der Anteil für „unverändert“ ist in allen Teilgruppen ähnlich ausgeprägt und beträgt jeweils rund ein Drittel. Während die Mittelwerte im Aggregat bei der Frage nach der Gefährdung des Zusammenhalts eher nah beieinander liegen (siehe Abbildung 2), können wir anhand des Längsschnitts insgesamt jedoch einen positiven Trend bei der Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts attestieren.

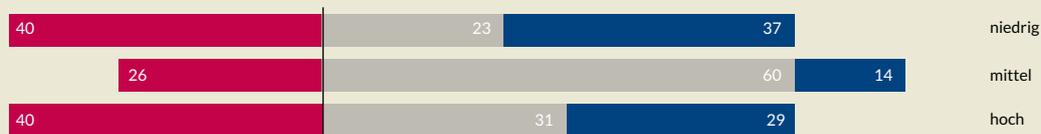
Deutliche Unterschiede zwischen den Teilgruppen werden hingegen beim generalisierten Vertrauen im

ABBILDUNG 7: Individuelle Antwortveränderungen zwischen Februar/März und Dezember 2020 für ausgewählte Variablen (Teil 1)
nach ökonomischem Haushaltsstatus

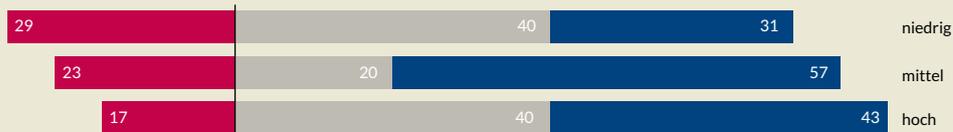
Beurteilung der Gefährdung des Zusammenhalts



Vertrauen in andere Menschen



Kümmern um Mitmenschen



■ verschlechtert ■ unverändert ■ verbessert

Angegeben ist in Prozent, wie sich die individuellen Antworten auf die genannten Fragen im Vergleich der Befragungen im Februar/März und im Dezember 2020 verändert haben.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

Längsschnitt sichtbar. Unter den Personen mit dem höchsten Einkommen und denen mit dem niedrigsten haben jeweils 40 Prozent am Jahresende ein geringeres Vertrauen in ihre Mitmenschen als zu Jahresbeginn. In der mittleren Gruppe sind es nur 26 Prozent. Für alle drei Gruppen gilt jedoch, dass die Anteile für eine Verschlechterung größer sind als für eine Verbesserung. Größeres Vertrauen zeigen 37 Prozent in der Gruppe mit niedrigem und 29 Prozent in der Gruppe mit hohem ökonomischem Status. In der mittleren Gruppe ist dieser Wert deutlich geringer (14 Prozent). Auffällig ist hier aber der besonders hohe Anteil von unveränderten Werten, der bei 60 Prozent liegt.

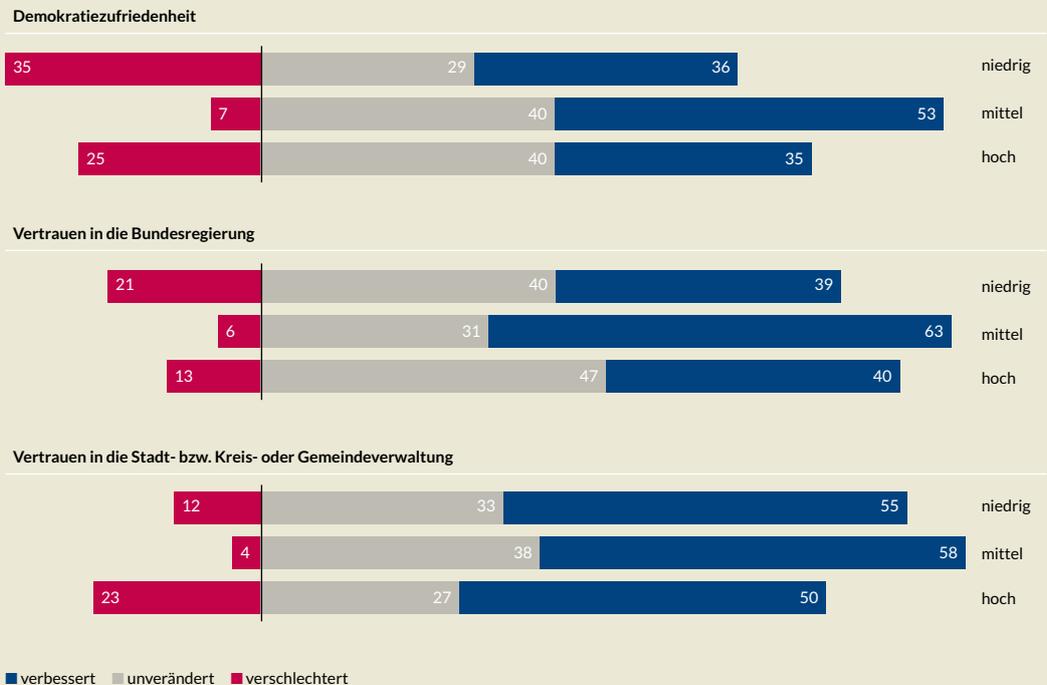
Die Mittelschicht erweist sich also in Bezug auf das Vertrauen in andere Menschen als relativ robust gegenüber möglichen coronabedingten Einflüssen. Jedoch gibt es auch in dieser Gruppe mehr Menschen, bei denen das Vertrauen gesunken ist, als solche, bei denen es gestiegen ist. Dies passt zu den zuvor anhand von Abbildung 3 erläuterten Ergebnissen auf Aggregatebene, wonach das generalisierte Vertrauen insgesamt im Jahresverlauf leicht nachgelassen hat.

Auch bei der wahrgenommenen Solidarität werden Unterschiede zwischen den Teilgruppen sichtbar. Bezogen auf die Aussage „Die meisten Menschen kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht“ zeigt sich vor allem bei Personen mit einem mittleren ökonomischen Haushaltsstatus im Jahresverlauf eine positivere Einschätzung: 57 Prozent der Befragten in dieser Gruppe stimmen der Aussage im Dezember weniger zu. Auch in der Gruppe mit dem höchsten ökonomischen Status äußern sich 43 Prozent weniger zustimmend, schätzen die Mitmenschlichkeit also besser ein als noch im Februar/März. Selbst in der Gruppe mit niedrigem ökonomischem Status ist dieser Anteil mit 31 Prozent knapp höher als der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung wahrnehmen (29 Prozent). In den beiden übrigen Teilgruppen liegt der Anteil für „verschlechtert“ bei 23 beziehungsweise 17 Prozent und damit jeweils weniger als halb so hoch wie der Wert für „verbessert“. Festzuhalten bleibt, dass auch in der individuellen Längsschnittbetrachtung die Personen mit mittlerem und mit höherem Einkommen im Jahresverlauf eine Zunahme des zwischenmenschlichen Kümmerns wahrnehmen. Bei den Personen mit niedrigem ökonomischem Status stagniert dieser Wert hingegen.

In Abbildung 8 werden weitere Längsschnitte für die Demokratiezufriedenheit, das Vertrauen in die Bundesregierung und das Vertrauen in die Stadt- beziehungsweise Kreis- oder Gemeindeverwaltung dargestellt. Bereits bei der Zustimmung zur ersten Aussage „Alles in allem bin ich mit der Demokratie in Deutschland zufrieden“ sind Unterschiede in den individuellen Antworten der einzelnen, nach ökonomischem Status differenzierten Teilgruppen sichtbar. In der Gruppe mit dem niedrigsten Status halten sich die Anteile der Befragten, deren Zufriedenheit mit der Demokratie sich verschlechtert (35 Prozent) beziehungsweise verbessert (36 Prozent) hat, die Waage. In der mittleren Gruppe verschieben sich dagegen die Anteile sehr deutlich zugunsten der Verbesserung: 53 Prozent der Befragten sind zufriedener, während bei gerade einmal 7 Prozent eine Verschlechterung der Antwortwerte zu verzeichnen ist. In der obersten Einkommensgruppe sind die meisten individuellen Antworten „unverändert“ (40 Prozent), zugleich ist bei mehr Menschen die Zufriedenheit angewachsen (35 Prozent), nur bei 25 Prozent sind die Werte gesunken. Analog zu dem Befund der aggregierten Daten (siehe Abbildung 5) stellen wir also auch im individuellen Längsschnitt ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Teilgruppen bei der Demokratiezufriedenheit fest.

Eindeutig positiv fällt das Fazit für den Jahrestrend beim Vertrauen in die Bundesregierung aus: In allen Befragtengruppen überwiegt der Anteil derjenigen, deren Vertrauen zwischen Februar/März und Dezember zugenommen hat. Am stärksten zeigt sich dies in der Gruppe mit einem mittleren ökonomischen Haushaltsstatus. Hier bringen knapp zwei Drittel der Befragten am Jahresende ein höheres Vertrauen zum Ausdruck, bei nur sehr wenigen (6 Prozent) ist es gesunken. Im Vergleich dazu ist sowohl in der Gruppe mit einem niedrigen als auch in der mit einem hohen ökonomischen Haushaltsstatus der Anteil der Personen, deren Vertrauen gesunken ist, höher (21 beziehungsweise 13 Prozent). Zugleich ist selbst unter Personen mit niedrigem ökonomischem Haushaltsstatus der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung am Jahresende mehr vertrauen, fast doppelt so groß wie der Anteil derjenigen, die ihr weniger vertrauen. In der höchsten Einkommensgruppe sind es sogar rund dreimal so viele, die mehr vertrauen. Dies passt zu den bereits in Abbildung 6 vorgestellten Ergebnissen, wonach – trotz eines Rückgangs im zweiten Halbjahr – das Vertrauen in die Bundesregierung im Dezember 2020 höher ausfällt als zu Jahresbeginn.

ABBILDUNG 8: Individuelle Antwortveränderungen zwischen Februar/März und Dezember 2020 für ausgewählte Variablen (Teil 2)
nach ökonomischem Haushaltsstatus



Angegeben ist in Prozent, wie sich die individuellen Antworten auf die genannten Fragen im Vergleich der Befragungen im Februar/März und im Dezember 2020 verändert haben.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

Im vorigen Abschnitt haben wir im Hinblick auf das Vertrauen in die lokale Verwaltung (Gemeinde, Stadt, Kreis) eine Stabilität über die Messzeitpunkte und eine geringe Varianz im Hinblick auf die untersuchten gesellschaftlichen Teilgruppen konstatiert. Dieses Bild ändert sich, wenn wir uns das individuelle Antwortverhalten näher anschauen. Hierbei zeigt sich, dass wir über alle Gruppen hinweg jeweils für mindestens die Hälfte der Befragten eine Zunahme des Vertrauens im Jahresverlauf nachweisen können. Die Anteile für eine Verschlechterung fallen demgegenüber deutlich ab und sind, abgesehen von der Teilgruppe mit dem höchsten ökonomischen Haushaltsstatus (23 Prozent), eher gering.

Zusammengefasst bleibt aus der Längsschnittanalyse festzuhalten, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt im Jahresverlauf 2020 für mehr Personen verbessert als verschlechtert hat. Die Mittelschicht ist im Hinblick auf das Vertrauen in andere Menschen wenig durch die Corona-Pandemie zu erschüttern und attestiert am Jahresende auch überwiegend ein verbesser-

tes Kümmern um die Mitmenschen. Für große Teile der Befragten ist also offenbar die Gefahr gering, dass der Zusammenhalt stark erodiert – im Gegenteil hat die Krise für einige Gruppen sogar ein Plus an Mitmenschlichkeit gebracht. Sorgen bereiten muss jedoch, dass Personen mit einem niedrigen ökonomischen Haushaltsstatus über solche Verbesserungen teils deutlich seltener berichten. Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie ist auch im Längsschnitt ein Auseinanderdriften zwischen der ökonomisch niedrigen und der ökonomisch mittleren Schicht feststellbar. Eine ähnliche, wenn auch nur leichte Tendenz zeichnet sich beim Vertrauen in die Bundesregierung ab. Hier wie bei der Demokratiezufriedenheit fällt auf, dass insbesondere in der Mittelschicht mehr Menschen am Jahresende eine positivere Einschätzung vertreten. Die Aggregatenergebnisse legen diese Trends in ähnlicher Weise offen (Abbildung 5 und 6). In der Summe lassen die Befunde ein gesellschaftliches Spaltpotenzial in der heutigen besonderen Belastungssituation erkennen, das die Politik in den Blick nehmen muss, soll daraus keine tiefere Spaltung werden.

Einschätzungen zur persönlichen Lage, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt auf dem Zeitvergleich, insbesondere zwischen der ersten und der letzten Erhebung. In dieser dritten Erhebung im Dezember haben wir aber auch zusätzliche, neue Fragen gestellt und Fragen aus der zweiten Erhebung wiederholt, die bislang nicht in die Auswertung einbezogen wurden. In dem nun folgenden Abschnitt werden zu diesen Fragen ausgewählte Ergebnisse vorgestellt. Sofern hierfür Vergleichswerte aus dem Frühsommer (Mai/Juni) vorliegen, werden diese mitberücksichtigt. Im Fokus stehen dabei die persönliche Lebenssituation, die eigene wirtschaftliche Lage, die Bewertung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und Einschätzungen zur Zerstrittenheit in der Gesellschaft.

Persönliche Lebenssituation

Die persönliche Lebenssituation der Befragten betrachten wir an dieser Stelle unter zwei Gesichtspunkten. Zum einen werfen wir einen Blick darauf, wie die Befragten ihre Befindlichkeit selbst einschätzen. Zum anderen haben wir sie nach dem Ausmaß ihrer Zukunftssorgen befragt. Für beides liegen uns sowohl Daten aus dem Frühsommer (Mai/Juni) als auch aus dem Dezember vor, sodass hier zumindest für das zweite Halbjahr eine Entwicklung abgebildet werden kann.

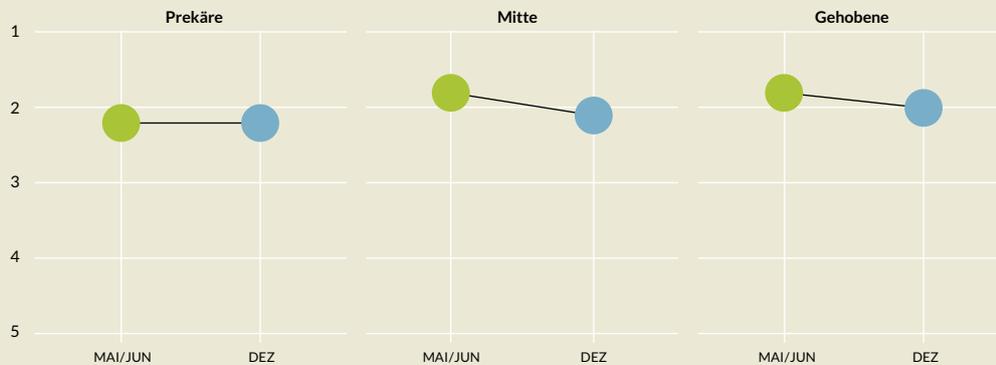
Bei der Selbsteinschätzung der eigenen Befindlichkeit zeigt sich insgesamt ein positives Bild – der Mittelwert über alle Gruppen beträgt auf einer Skala von „1 – sehr gut“ bis „5 – sehr schlecht“ zu beiden Messzeitpunkten etwa 2, was einer „guten Befindlichkeit“ entspricht. Angesichts der zunehmenden Infektionen sowie des Lockdowns ab November ist eine leichte

Verschlechterung des Wohlbefindens bei der Dezember-Befragung nicht überraschend. Auffällig ist dabei aber, dass die Werte bei Personen in prekären Lebenslagen nahezu identisch ausfallen: Ihr Wohlbefinden liegt bereits im Sommer auf einem geringeren Niveau und verschlechtert sich zum zweiten Messzeitpunkt auch nur noch marginal. Der Wert bleibt damit aber trotzdem der niedrigste der drei Gruppen.

Die nur leichte Verschlechterung des allgemeinen Befindens der Befragten könnte dazu verleiten, die Belastungen durch die Pandemie für den Einzelnen zu unterschätzen. Das allgemeine Befinden spiegelt aber die persönliche Lebenslage nur zum Teil wider, wie ein Blick auf die Zukunftssorgen erkennen lässt. Im Dezember 2020 sind die Sorgen in allen Bevölkerungsgruppen deutlich gestiegen, jedoch in unterschiedlicher Stärke, wie Abbildung 10 zeigt. Im Mai und Juni 2020 ist die Zustimmung zu der Aussage „Ich mache mir große Sorgen um meine Zukunft“ unter den Befragten in prekären Lebenslagen deutlich höher als in den anderen Gruppen – sie liegt da bei 38 Prozent. Im Dezember 2020 stimmen der Aussage sogar über die Hälfte der Befragten in dieser Personengruppe zu. Im mittleren Segment verdoppeln sich die Zukunftssorgen im selben Zeitraum von 19 auf 41 Prozent. Im gehobenen Segment sind die Sorgen zu beiden Befragungszeitpunkten deutlich geringer ausgeprägt, und die Zunahme fällt auch verhältnismäßig schwach aus.

Im Vergleich unterschiedlicher Altersgruppen (ohne Abbildung) sind es vor allem die jungen Leute bis 29 Jahre, deren Sorgen im Verlauf der Pandemie stark steigen. Im Dezember 2020 äußern zwei Drittel der Befragten Zukunftssorgen, während der Wert in den anderen Altersgruppen zwischen rund 20 und 40 Prozent liegt. Hier wird deutlich, wie stark die Pandemie gerade junge Menschen trifft, deren Chancen auf den Start in eine Ausbildung oder das Berufsleben sich

ABBILDUNG 9: **Selbsteinstufung der Befragten zur eigenen Befindlichkeit**
nach sozioökonomischer Lage



Personenidentische Befragung. Antwort auf die Frage: „Wie geht es Ihnen zurzeit?“

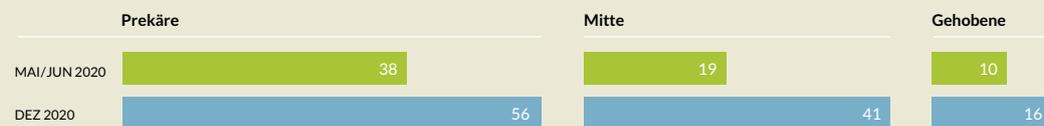
Die Antwortmöglichkeiten lauteten: sehr gut (1), gut (2), einigermaßen (3), eher schlecht (4), ziemlich schlecht (5).

Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 10: **Zukunftssorgen im Zeitvergleich**
nach sozioökonomischer Lage



Personenidentische Befragung. Angegeben ist in Prozent die Zustimmung zu der Aussage:

„Ich mache mir große Sorgen um meine Zukunft.“

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

verschlechtert haben und die zudem vom Wegfall von Minijobs – über die sich beispielsweise viele Studierende finanzieren – betroffen sind.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass zwar alle Bevölkerungsgruppen von der Pandemie und ihren Folgen betroffen sind oder fürchten, es in Zukunft zu sein. Jedoch fürchten Personen in einer niedrigen sozioökonomischen Lage und auch junge Menschen, also beides Gruppen, die finanziell oftmals weniger abgesichert sind, die Folgen der Pandemie mehr oder sind bereits jetzt stärker von ihr betroffen.

Gefragt haben wir im Frühsommer und zum Jahresende auch nach den Sorgen um Personen aus der Familie beziehungsweise dem engeren Umkreis (ohne Abbildung). Jeweils rund zwei Drittel der Befragten

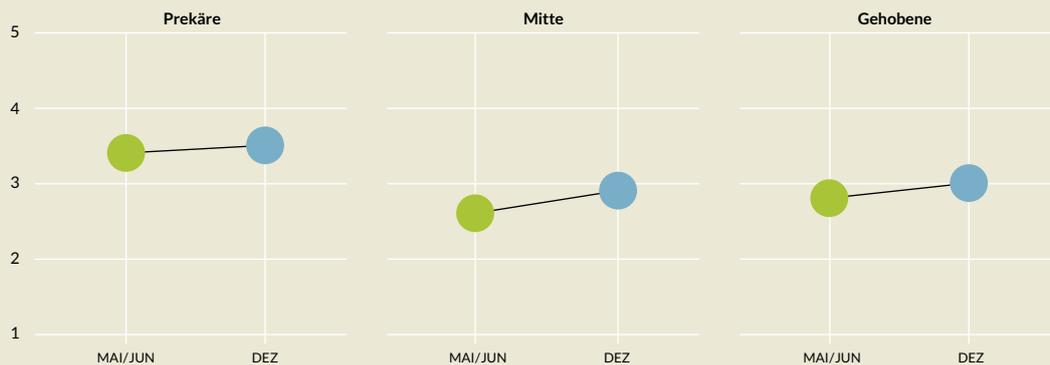
geben zu beiden Zeitpunkten an, sich entsprechende Sorgen zu machen, wobei der Anteil im Dezember von zuvor 63 auf 68 Prozent leicht ansteigt. Zusätzlich nimmt auch die Einsamkeit zu (ohne Abbildung): Im Mai und Juni fühlen sich 24 Prozent einsam, im Dezember sind es bereits 32 Prozent. Insbesondere junge Menschen unter 30 Jahren sind betroffen: Innerhalb dieser Altersgruppe steigt der Anteil derjenigen, die sich einsam fühlen, im zweiten Halbjahr von 46 auf 71 Prozent. Die hier sichtbar werdende doppelte Belastung durch Zukunftssorgen und Einsamkeit führt vor Augen, dass junge Menschen aktuell in besonderer Weise unter den Folgen der Pandemie leiden.

Wirtschaftliche Lage

Die Corona-Pandemie ist zunächst eine gesundheitliche Krise, die aber mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen einhergeht. Bereits die Ergebnisse im Längsschnitt haben gezeigt, dass die eigene wirtschaftliche Lage, insbesondere wenn sie prekär ist, einen erheblichen Einfluss auf die Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung hat. Auch die Zukunftssorgen fallen bei Menschen mit wenig Einkommen größer aus. Daher verspricht ein genauerer Blick auf die persönliche wirtschaftliche Lage und die Arbeitssituation weitere Erkenntnisse.

Tatsächlich erwarten Personen in prekären Lebensverhältnissen am häufigsten, dass sie durch die Pandemie mit Einschränkungen in ihrem Lebensstandard rechnen müssen. Sie sind auch schon im Frühsommer diesbezüglich deutlich pessimistischer als die anderen Gruppen. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte nimmt in allen betrachteten Gruppen die Erwartung zu, dass es aufgrund von Corona zu Einschränkungen kommen wird. Der Zuwachs ist in der Mittelschicht am stärksten, wie Abbildung 11 verdeutlicht. Dennoch ist die Erwartung von Einschränkungen in der Gruppe der Prekären weiterhin am stärksten ausgeprägt.

ABBILDUNG 11: **Einschränkung des Lebensstandards durch die Pandemie** nach sozioökonomischer Lage



Personenidentische Befragung. Zustimmung zu der Aussage: „Ich erwarte durch die Corona-Pandemie auch zukünftig eine deutliche Einschränkung des Lebensstandards.“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten: stimmt gar nicht (1), stimmt wenig (2), teils-teils (3), stimmt ziemlich (4), stimmt völlig (5). Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.
Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 12: **Eigene wirtschaftliche Lage im Dezember 2020 im Vergleich zu Mai/ Juni 2020** nach Bildungsniveau

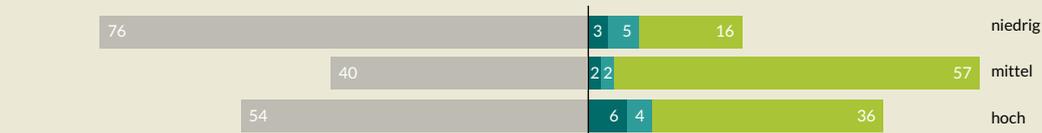


Angegeben sind in Prozent die Antworten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage? Ist sie im Vergleich zum Juni sehr viel besser, eher besser, etwas schlechter, sehr viel schlechter?“
Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

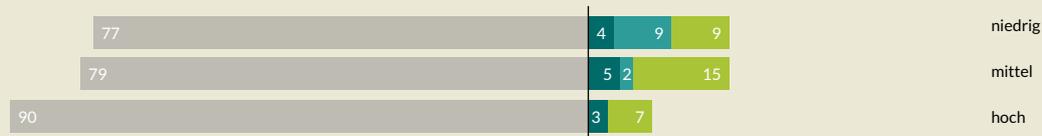
BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 13: **Betroffenheit von Homeoffice und Kurzarbeit im Jahresverlauf 2020**
nach ökonomischem Haushaltsstatus

Homeoffice



Kurzarbeit



■ kein Homeoffice bzw. keine Kurzarbeit seit der Pandemie ■ nur bis Mai/Juni 2020 Homeoffice bzw. Kurzarbeit
■ erst nach Mai/Juni 2020 Homeoffice bzw. Kurzarbeit ■ durchgängig Homeoffice bzw. Kurzarbeit seit Beginn der Pandemie

Angegeben ist in Prozent die Betroffenheit von Homeoffice bzw. Kurzarbeit bei Berufstätigen im Jahr 2020 anhand ihrer kombinierten Antworten aus den Befragungen im Mai/Juni und im Dezember.

Abweichung von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

Retrospektiv haben wir im Dezember die Frage gestellt, wie sich die eigene wirtschaftliche Lage seit der letzten Befragung entwickelt hat. Hier dominiert im Rückblick die Stabilität, und auch eine Differenzierung nach unterschiedlichen Gruppen verändert diesen Befund nur geringfügig. So hat das Bildungsniveau nur einen geringen Einfluss auf die Bewertung der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage zwischen Frühsommer und Jahresende. In allen drei Gruppen schätzen etwas mehr als drei Viertel der Befragten ihre wirtschaftliche Situation als unverändert ein. Mit 17 beziehungsweise 15 Prozent fällt die Verschlechterung in den beiden formal höher gebildeten Gruppen etwas stärker aus als in der niedrigen Gruppe mit 12 Prozent.

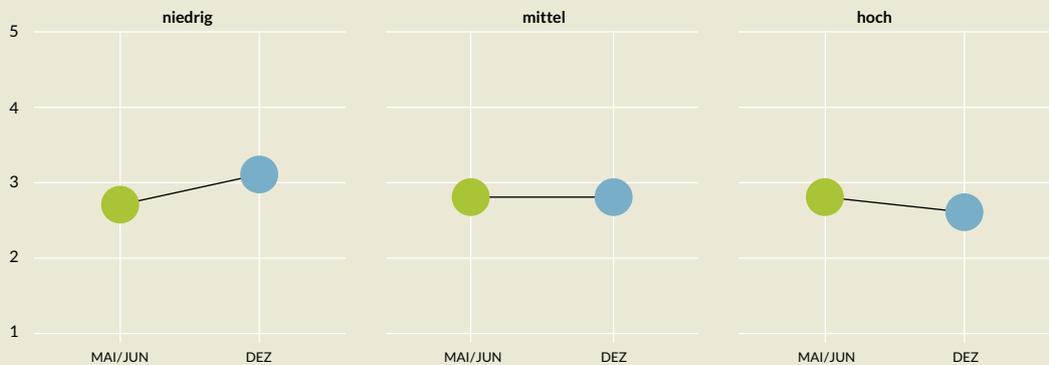
Die tatsächliche Arbeitssituation hat sich hingegen für viele Befragte im Jahresverlauf geändert. Hierbei spielen insbesondere zwei Aspekte eine Rolle: die Zunahme der Arbeit im Homeoffice und die Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Im Hinblick auf die Homeoffice-Tätigkeit wird deutlich, dass Personen mit einem niedrigen ökonomischen Haushaltsstatus deutlich seltener im Homeoffice arbeiten als Personen mit einem hohen Status. Aber auch unter diesen sind im Dezember 2020 nur knapp 40 Prozent im Homeoffice tätig – sogar etwas weniger, als es noch im Mai und Juni 2020 der Fall ist. Anders sieht die Verteilung

aus, wenn man die Jobveränderungen durch Kurzarbeit betrachtet. Nur knapp jede zehnte befragte Person mit einem hohen ökonomischen Haushaltsstatus ist von Kurzarbeit betroffen, während es bei den Befragten mit niedrigem und mittlerem Status etwa jede fünfte Person ist. Dies lässt die Annahme zu, dass Personen, denen ein geringeres Einkommen zur Verfügung steht und die ohnehin bereits eine schlechter bezahlte Arbeit übernehmen, durch die Pandemie und die damit verbundene Kurzarbeit häufig noch einmal stärker betroffen sind als Personen mit einem höheren Status und besser bezahlten Jobs.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

Die letzten Monate waren und sind von kontroversen Diskussionen über die richtige Strategie im Umgang mit der Corona-Krise geprägt. Eine zentrale Rolle kommt hierbei stets der Frage zu, ob die Regierung angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie trifft und ob sie die richtige Balance zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Achtung von Freiheits- und Bürgerrechten findet. Die Stimmungslage in der Bevölkerung hierzu ist verhältnismäßig

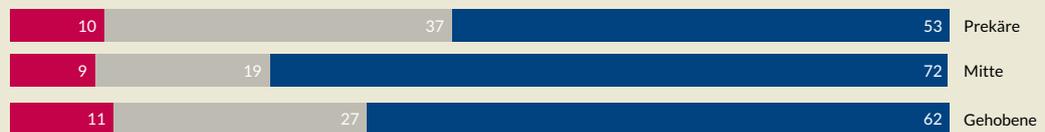
ABBILDUNG 14: **Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten durch die Pandemie nach Bildungsniveau**



Personenidentische Befragung. Zustimmung zu der Aussage: „Durch die Corona-Pandemie werden meine Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt.“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten: stimmt gar nicht (1), stimmt wenig (2), teils-teils (3), stimmt ziemlich (4), stimmt völlig (5). Mittelwerte zu unterschiedlichen Befragungszeitpunkten.
 Quelle: Bertelsmann Stiftung/ infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 15: **Pandemie-Maßnahmen der Regierung sind angemessen nach sozioökonomischer Lage**



■ stimmt gar nicht/wenig ■ teils-teils ■ stimmt ziemlich/völlig
 Zustimmung zu der Aussage: „Die Maßnahmen der Regierung gegen die Corona-Pandemie halte ich für angemessen.“
 Angegeben sind die Anteile je Antwortkategorie in Prozent.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/ infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

BertelsmannStiftung

schwankend, wie regelmäßige Umfragen zeigen. Daher geht es an dieser Stelle auch weniger um aktuelle Einschätzungen zu konkreten Maßnahmen, sondern wiederum um Gruppenunterschiede in unserer Befragung.

Im Durchschnitt zeigt sich in unserer Dezember-Erhebung eine mittlere und damit weder deutlich zustimmende noch ablehnende Haltung in Bezug auf die Aussage „Durch die Corona-Pandemie werden meine Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt“. Eine Differenzierung nach Bildungsniveau lässt hingegen erkennen, dass Personen mit mittlerem oder hohem Bildungsniveau im Dezember sogar weniger den Eindruck haben, ihre Rechte würden eingeschränkt, während Personen mit niedrigem

Bildungsniveau diesen Eindruck vermehrt haben (Abbildung 14). Derselbe Trend zeigt sich auch für Personen in prekären Lebenslagen (ohne Abbildung).

Alle sozioökonomischen Gruppen halten die Pandemie-Maßnahmen weitgehend für angemessen, wobei die Mittelschicht am deutlichsten zustimmt. Die entsprechende Aussage haben wir ausschließlich im Dezember 2020 erhoben, wie Abbildung 15 zeigt. Am meisten Zustimmung erhält die Politik für ihre Maßnahmen von der jüngeren Altersgruppe bis 29 Jahre und den älteren Personen ab 75 Jahren (ohne Abbildung). Gerade die hohe Zustimmung der Jüngeren ist bemerkenswert – sind sie es doch, wie bereits beschrieben, die vielfach von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Darüber hinaus

erfahren die Maßnahmen der Regierung vergleichsweise mehr Zustimmung unter den Personen, die den Zusammenhalt im Dezember besser einstufen als im Februar und März 2020.

Es bleibt abzuwarten, wie lange diese Momentaufnahme von Ende des letzten Jahres Bestand hat. Dies hängt auch davon ab, ob und wann Verschärfungen beziehungsweise Lockerungen angekündigt werden und wie lange diese anhalten.

Zerstrittenheit der Gesellschaft

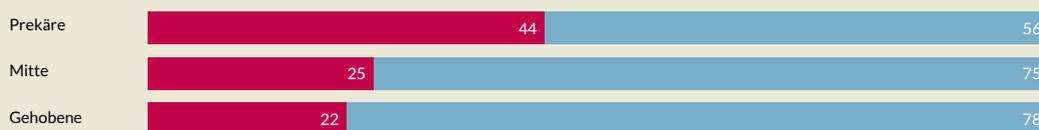
Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben, wie zuvor bereits angesprochen, in der ganzen Gesellschaft für erhebliche Diskussionen und zum Teil auch für Proteste gesorgt. Wie aber erleben und bewerten die Menschen im Land diese Diskussionen? Mehr als die Hälfte unserer Befragten stimmt im Dezember 2020 der Aussage zu, dass es in ihrem eigenen Umfeld viele Diskussionen darüber gibt, was

in der Pandemie richtig oder falsch ist. In der sozioökonomischen Gruppe der Prekären ist dieser Anteil etwas erhöht im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen. Ebenso nimmt diese Gruppe die Gesellschaft als Ganzes deutlich stärker als zerstritten wahr: So stimmt hier mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Aussage „Auch früher gab es schon viele strittige Themen in unserer Gesellschaft, aber so viel Streit wie heute gab es noch nie“ zu. Unter den Befragten mit gehobenem sozioökonomischem Status sind es hingegen 33 Prozent und in der Mitte 40 Prozent.

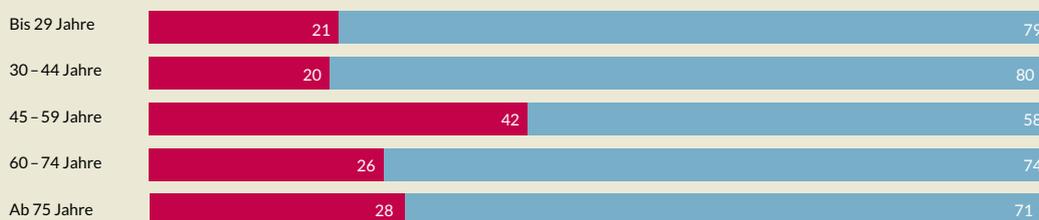
Im Folgenden haben wir nun die Antworten auf diese beiden Fragen kombiniert und unterscheiden zwischen denen, die eine stärkere beziehungsweise eine geringere Zerstrittenheit in der Gesellschaft erleben. Eine stärkere Zerstrittenheit nehmen wir dann an, wenn die Befragten angeben, dass es in ihrem eigenen Umfeld viele Diskussionen gibt und sie der Meinung sind, es gebe heute so viel Streit wie nie. Wer einer der beiden oder sogar beiden Aussagen nicht zustimmt, wird der Gruppe mit der geringeren Zerstrittenheit zugeordnet. Von unseren Befragten erlebt rund ein Drittel eine stärkere und etwa zwei Drittel erleben eine geringere Zerstrittenheit (auf die

ABBILDUNG 16: **Wahrgenommene Zerstrittenheit der Gesellschaft**
nach sozioökonomischer Lage und Alter

Sozioökonomische Lage



Alter



■ stärkere Zerstrittenheit ■ geringere Zerstrittenheit

Anteil derjenigen, die eine höhere oder geringere Zerstrittenheit in der Gesellschaft wahrnehmen, differenziert nach ihrer sozioökonomischen Lage und dem Alter. Starke Zerstrittenheit liegt dann vor, wenn sowohl der Aussage „In meinem persönlichen Umfeld gibt es gegenwärtig viele Diskussionen darüber, was in der Krise richtig und was falsch ist“ als auch „Auch früher gab es schon viele strittige Themen in unserer Gesellschaft, aber so viel Streit wie heute gab es noch nie“ zugestimmt wurde.

Quelle: Bertelsmann Stiftung/infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

| BertelsmannStiftung

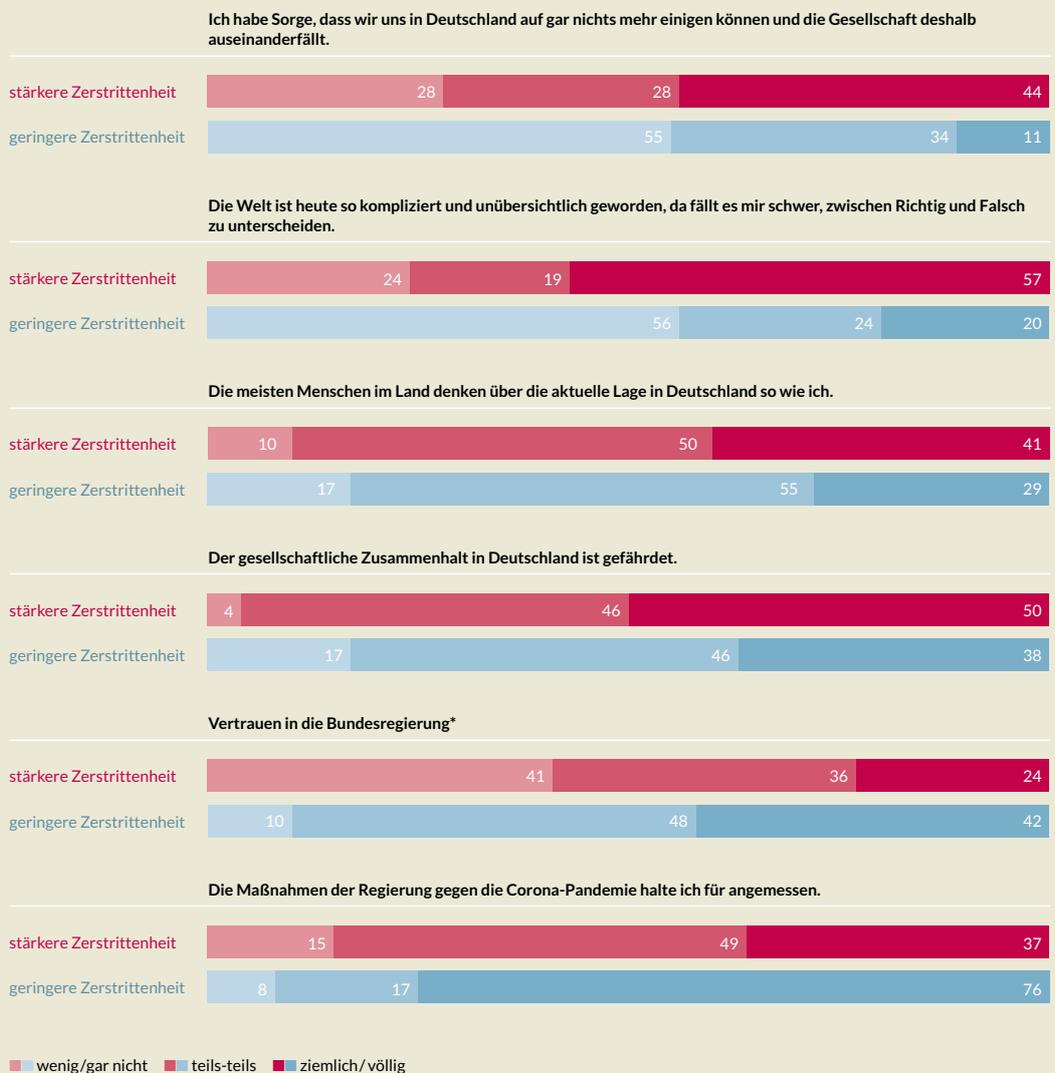
Gesamtbevölkerung lässt sich diese Verteilung aber nicht eins zu eins hochrechnen).

Hierbei zeigt sich, dass Befragte in prekärer Lage die Gesellschaft etwa doppelt so häufig als zerstrittener wahrnehmen als Menschen in der mittleren und höheren sozioökonomischen Schicht. Auch beim Alter zeigt sich eine Auffälligkeit – die Gruppe der 45- bis

59-Jährigen ragt deutlich heraus: Hier erleben mehr als 40 Prozent die Gesellschaft als zerstrittener, während es in den jüngeren und älteren Befragungsgruppen jeweils deutlich weniger sind.

Interessant ist nun, dass mit dem Maß an wahrgenommener Zerstrittenheit eine höhere Wahrscheinlichkeit für bestimmte weitere Einstellungen verbun-

ABBILDUNG 17: Weitere Einstellungen differenziert nach wahrgenommener Zerstrittenheit der Gesellschaft



■ wenig/gar nicht ■ teils-teils ■ ziemlich/völlig
 Dargestellt sind die Anteile der Antworten zu den genannten Fragen, differenziert nach dem Ausmaß der wahrgenommenen Zerstrittenheit der Gesellschaft. Stärkere Zerstrittenheit liegt dann vor, wenn sowohl der Aussage „In meinem persönlichen Umfeld gibt es gegenwärtig viele Diskussionen darüber, was in der Krise richtig und was falsch ist“ als auch „Auch früher gab es schon viele strittige Themen in unserer Gesellschaft, aber so viel Streit wie heute gab es noch nie“ zugestimmt wurde. Abweichung von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.
 * Abweichende Antwortoptionen: überhaupt kein/geringes Vertrauen, teils-teils, großes/ sehr großes Vertrauen.
 Quelle: Bertelsmann Stiftung/ infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

den ist: Wer eine besondere Zerstrittenheit in der heutigen Zeit wahrnimmt, ist auch eher pessimistisch, dass es zu einer Einigung kommen kann. Zudem fällt es ihm oder ihr schwerer, in der unübersichtlicher gewordenen Welt zwischen Richtig und Falsch zu unterscheiden. Auf den ersten Blick überraschend ist der Befund, dass diejenigen, die eine starke Zerstrittenheit wahrnehmen, zugleich häufiger den Eindruck haben, die Mehrheit in Deutschland würde eher ihrer eigenen Meinung zuneigen. Hinweise darauf, worin diese Meinung bestehen könnte, geben die Antworten auf eine Reihe anderer Fragen: Wer eine stärkere Zerstrittenheit in der Gesellschaft wahrnimmt, sieht auch eher die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie kritisch, vertraut der Bundesregierung weniger und vertritt häufiger die Auffassung, der Zusammenhalt in der Gesellschaft bröckele. Vielleicht wenig verwunderlich ist, dass bei der Parteipräferenz in dieser Gruppe die Anhänger:innen der AfD und der LINKEN sowie die Nichtwähler:innen überrepräsentiert sind.

Die kombinierten Befunde lassen somit erkennen, dass die Pandemie und ihre Bewältigung in einem Teil der Gesellschaft – unter unseren Befragten macht er rund 30 Prozent aus – zu einer vermehrten Orientierungslosigkeit geführt haben. Diese Orientierungslosigkeit geht mit einem Vertrauensverlust in politische Institutionen einher. Offenbar haben diese Menschen das Gefühl, dass etwas falsch läuft, aber eine Lösung ist schwer greifbar, da aus ihrer Sicht weder die Politik richtig handelt noch sie selbst glauben, eine Antwort geben zu können. Die damit verbundene Annahme, dass „die meisten Menschen“ genauso denken, wirkt demgegenüber wie eine Selbstermächtigung. Sie lässt vermuten, wo dieser Wahrnehmung nach die Konfliktlinien in der zerstrittenen Gesellschaft verlaufen: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sich nicht abgeholt fühlen, auf der anderen Seite diejenigen, die den Corona-Kurs vorgeben, bewusst mitgehen und verteidigen. Diese Konstellation ist hoch problematisch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Einfallstor für Populist:innen, die versuchen können, mit einfachen Antworten den Wunsch nach Orientierung zu befriedigen.

Solche einfachen Antworten sind jedoch in einer krisenhaften Zeit schwer zu finden. Umso mehr sind Politik und Gesellschaft gefordert, Debatten über die richtige Strategie besonnen, mit einem besonderen Interesse an der Sache und mit hoher Qualität zu

führen. Insgesamt gilt es offenbar, auch noch besser zu vermitteln, dass Meinungsdivergenzen nicht notwendig ein Zeichen von Spaltung und Zerstrittenheit, sondern angesichts der Herausforderungen in einer offenen Gesellschaft unvermeidlich und für eine ausgewogene Lösungsfindung sogar notwendig sind.

In einer vorausgehenden Studie (Bertelsmann Stiftung 2021) haben wir herausgearbeitet, dass es sich lohnt, auch einen Blick auf die Werthaltungen der Menschen zu legen, um ihre Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen zu verstehen. In besonderem Maße werden freiheitseinschränkende Maßnahmen demnach von leistungsorientierten Menschen abgelehnt, aber auch von solchen, die materialistisch ausgerichtet sind und sich wenig an universalistischen Werten orientieren. Sie erleben „die Pandemie einseitig als Beschneidung ihrer persönlichen Freiräume und Erlebnishorizonte“ (ebd., 35). Es würde sich lohnen, nach Schnittmengen zwischen diesem Wertemilieu und der oben identifizierten Bevölkerungsgruppe zu suchen. Die Analyse dieses Abschnitts macht jedenfalls deutlich, dass sozioökonomische Faktoren zwar einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Corona-Politik und das Leben in der Pandemie haben, sie aber auch nicht abschließend erklären können. Immerhin auch ein Viertel der Menschen in der sozioökonomischen Mitte und jede:r Fünfte in der gehobenen Schicht erlebt ebenfalls eine hohe Zerstrittenheit, neigt damit zu den beschriebenen Einstellungen und ist womöglich anfällig für populistische Versuchungen.

Fazit und Ausblick

Das Jahr 2020 hat sich in vielerlei Hinsicht als außergewöhnlich und herausfordernd für unsere Gesellschaft erwiesen. Die hier vorliegende Studie zeigt aber: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist verhältnismäßig robust, sodass er selbst in einer großen gesellschaftlichen Krise wie der Corona-Pandemie nicht in sich zusammenfällt und sogar positive Werte, wie die Mitmenschlichkeit anderen gegenüber, wieder stärker in den Fokus rücken lässt. Der gemeinsame Kampf gegen das Virus hat gesellschaftliche Solidarität entfacht und Berufsgruppen in den Vordergrund gerückt, die selten im Mittelpunkt stehen und dennoch fast jede:r im Alltag dringend braucht. Dazu zählen die Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel, Pfleger:innen oder Erzieher:innen. Solche neuen Perspektiven auf unser soziales Miteinander bringt die Pandemie vielfach hervor. Sie könnten den Beginn eines langfristigen Umdenkens hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit markieren.

Dafür bedarf es jedoch mehr als nur einer neuen Wertschätzung oder symbolischen Aufwertung bestimmter Berufsgruppen. Entscheidender wären politische Reformen, die Menschen in prekären Lebenslagen bessere Zukunftsaussichten, mehr Teilhabechancen und größere Freiheitsspielräume ermöglichen. Denn eines hat die Pandemie auch noch einmal deutlicher aufgedeckt: Die Ungleichheit in Deutschland wächst, und die Schere zwischen ökonomisch gut gestellten Gruppen und Personen in prekären Lebenslagen geht weiter auseinander. Menschen mit niedrigem Einkommen waren und sind häufig in mehrfacher Weise von der Pandemie betroffen: Da sie oft Berufe ohne Homeoffice-Möglichkeit ausüben, haben sie ein höheres Risiko der Ansteckung, gleichzeitig sind sie öfter von Kurzarbeit betroffen. Außerdem sind Familien mit geringerem Einkommen und niedrigem Bildungsstand in besonderer Weise herausgefordert, das „Homeschooling“ ihrer Kinder zu begleiten und ihre Betreuung zu orga-

nisieren. Und das erst recht, wenn weder die Wohnungen ausreichend groß sind noch die notwendige digitale Infrastruktur in ausreichendem Maß zur Verfügung steht.

Angesichts dessen ist es nachvollziehbar, dass besonders viele Menschen in prekären Lebenslagen von Zukunftssorgen belastet sind und es während der Pandemie noch einmal mehr geworden sind. Schwer wiegt auch, dass gerade die Jüngeren derzeit so erheblich unter den Folgen der Pandemie leiden. Noch ist ihre Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen erstaunlich hoch. Aber die Gefahr besteht, dass soziale Isolation, der Verlust gemeinschaftlichen Erlebens und eingeschränkte Zukunftsoptionen die Stimmung kippen lassen und sich langfristig in Politikverdrossenheit und im schlimmsten Fall in einem (weiteren) Abdriften an die politischen Ränder manifestieren.

Als besonders resistent gegen coronabedingte Bedrängnisse erweist sich die Mittelschicht. Ihr Vertrauen in die Mitmenschen und die Regierung ist ungebrochen und ihre Zufriedenheit mit der Demokratie im Verhältnis hoch. Zugleich steigen aber in keiner sozioökonomischen Gruppe während des Corona-Jahrs 2020 die Zukunftssorgen so stark an wie in der sozioökonomischen Mitte. Das lässt erkennen, wie fragil diese Zuversicht ist.

Bemerkenswert ist zugleich, dass die wirtschaftlich besonders gut gestellte und in der Regel auch besser gebildete obere Schicht nicht im gleichen Maße positiv eingestellt ist wie die Mittelschicht. Zwar sind unter den ökonomisch Bessergestellten die Zukunftssorgen gering, und sie steigen im Jahresverlauf auch nur leicht an. Aber das Vertrauen in dieser Gruppe ist weniger stabil, sowohl in die Mitmenschen als auch in die Regierung. Auch wenn diese Trends wenig ausgeprägt sind, so lassen sie doch Verschiebungen erkennen, die für den gesellschaftlichen Zusammen-

halt von Relevanz sind. Zu ähnlichen Einschätzungen kommt unsere Studie zu den Wertemilieus, die herausgestellt hat, dass auch Leistungsbereite noch besser durch die Corona-Politik abgeholt und angesprochen werden müssen (Bertelsmann 2021).

Offen bleibt ohnehin: Wie stark ist Solidarität schichtübergreifend ausgeprägt und wo verlaufen die Grenzen in der Gesellschaft? Denkbar ist ja, dass sich das Erleben von Zusammenhalt auf das eigene Milieu, die eigene Schicht beschränkt und Mitmenschlichkeit ausschließlich hier zum Tragen kommt. Denkbar ist auch, dass nicht in allen Schichten gleichermaßen ein solches Miteinander erfahren wird. Die Pandemie kann als Chance begriffen werden, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Sie kann aber auch genau das Gegenteil bewirken, wenn zugelassen wird, dass das Auseinanderdriften der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen voranschreitet. Um das zu verhindern, gilt es, vor allem die Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status im Blick zu behalten. Fakt ist, dass sie stärker leiden werden, je länger die Pandemie andauert, wenn nicht politisch stärker und gezielter gegengesteuert wird.

Im Dezember 2020 war die Gesellschaft voller Hoffnung auf eine baldige Entspannung der Lage im Jahr 2021 – insbesondere durch den Start der Impfungen. Dieser Optimismus wurde inzwischen oft enttäuscht, und die immer absehbarere Dauer der Pandemie zermürbt die Gesellschaft als Ganzes. Deswegen ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Studie im Frühjahr 2021 das Vertrauen in die Politik gegenüber dem letzten Messzeitpunkt im Dezember 2020 weiter gesunken ist und sich das Wohlbefinden nochmals verschlechtert hat.

Von entscheidender Bedeutung ist jetzt, alle Teile der Gesellschaft mit geeigneten Maßnahmen mitzunehmen und eine langfristige Perspektive zu entwickeln, damit die Corona-Pandemie nicht zu einer stärkeren Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Diese Maßnahmen müssen neben dem Infektionsschutz in besonderem Maße die Aspekte soziale Sicherheit und Chancengerechtigkeit sowie die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Chancen der jungen Generation berücksichtigen.

Die bereits erwähnte Wertemilieu-Studie zeigt, dass die Gesellschaft keineswegs auf einfache Art und Weise in zwei Lager gespalten ist, sondern aus ganz unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Werthaltungen und Motivationen zusammengesetzt ist. Es gibt somit also durchaus gemeinsame Werthaltungen und Zielvorstellungen, mit denen sich Brücken zwischen den unterschiedlichen sozialen Lagen schlagen lassen. Es muss also zu keiner Zerstückerung kommen. Ziel muss allerdings sein, eine offene und ehrliche Auseinandersetzung zu führen, in der keine Perspektive von vornherein als weniger wert abgetan wird. Überwältigende 82 Prozent der Befragten in der genannten Studie vertraten die Auffassung, dass die Pandemie die Notwendigkeit eines tief greifenden Wandels der Gesellschaft vor Augen führt (Bertelsmann Stiftung 2021, 31). Im besten Fall können die gemeinsame Anstrengung im Kampf gegen die Pandemie und deren Eindämmung zu einem Wiedererstarken des Gemeinschaftsgefühls und zu einer konstruktiven Weiterentwicklung unserer Gesellschaft beitragen. Diesen Ansatz gilt es langfristig zu stärken und die sich abzeichnende Spaltung zwischen gesellschaftlichen Gruppen wieder zu verringern.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2014): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Sozialer Zusammenhalt in Bremen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017a): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017b): Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020a): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020b): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021): Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Dragolov, Georgi; Ignác, Zsófia; Lorenz, Jan; Delhey, Jan; Boehnke, Klaus; Unzicker, Kai (2016): Social Cohesion in the Western World. What holds societies together: Insights from the Social Cohesion Radar. Cham (CH): Springer.

Literaturtipps

Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020

Religionsmonitor



Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl

Wertebildung



Wertebildung im Jugendfußball - Ein Handbuch für Trainer



30 Jahre deutsche Einheit



Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie



Werte lernen und leben

Das Programm „Lebendige Werte“

Wir widmen uns im Programm „Lebendige Werte“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere der Rolle von Religionen und Werten für das Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft. Zu diesen Themen forschen wir und veröffentlichen regelmäßig neue Studien aus dem Religionsmonitor und dem Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Darüber hinaus sind wir mit praktischen Projekten und Methoden in der Wertebildung aktiv und vernetzen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft in unserem Themenfeld.



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Forschungsergebnisse, Studien und Veranstaltungen informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

Impressum

© März 2021
Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh

DOI 10.11586/2021040

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Kai Unzicker

Autor:innen
Thorsten Brand
Robert Follmer
Jana Hölscher
Kai Unzicker

Lektorat
Gesine Bonnet, Wiesbaden

Korrektorat
Paul Kaltefleiter, Bielefeld

Gestaltung
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Bildnachweis
© Getty Images/iStockphoto/
SolStock

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Lebendige Werte
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 81-81405
Mobil +49 173 5759209
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de

www.bertelsmann-stiftung.de